LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
16. Wahlperiode

Drucksache **16/11773**

20.04.2016

Entschließungsantrag

der Fraktion der PIRATEN

zum Antrag der Fraktion der FDP „Kalte Enteignung von Dieselfahrzeugen durch die "Blaue Plakette" verhindern!“ (Drucksache 16/11701)

Blaue Plakette. Fahrradkette.

I. Sachverhalt

Jährlich sterben 15.000 Menschen in NRW durch Luftverschmutzung. NRW braucht Ziele für den Schutz von Gesundheit und Leben bis zum emissionsfreien Verkehr in unseren Städten. Luftverschmutzung ist nach wie vor das größte Umweltproblem in Europa, insbesondere gilt das für Städte und Ballungsräume. Unser Land NRW ist in besonderem Maß davon betroffen. In den Städten sind insbesondere Abgase von Dieselmotoren in Pkws, Bussen, Lkws aber auch Baumaschinen sowie Binnenschiffen nach wie vor die Hauptquelle für die Luftverschmutzung. Sie verursachen umwelt- und gesundheitsschädlichen Feinstaub (PM10) und Stickstoffoxide (NOx). Die Deutsche Umwelthilfe macht allein die Dieselfahrzeuge für 26 Prozent der Stickstoffdioxid-Belastung in Städten verantwortlich. Ebenso problematisch ist auch der primäre und sekundäre Feinstaub aus Dieselabgasen. Dafür legt die Euro-6-Norm strenge Grenzwerte fest. Diese gelten – sofern sie eingehalten werden – für Neuwagen.

Eine Blaue Plakette ändert bezüglich der Vorgaben an die Automobilindustrie für Neuwagen nichts. Sie zwingt, sofern Umweltzonen entsprechend ausgezeichnet werden, entweder Verbrauchende dazu, sich erneut einen Neuwagen anzuschaffen; oder verhindert andere wirksame Maßnahmen in unseren Städten, da die Blaue Plakette ohne eine entsprechende Umweltzone nur eine Alibifunktion erfüllt.

Die Einführung einer Blauen Plakette wäre in beiden Fällen eine Subvention für die Automobilindustrie auf Kosten der Verbrauchenden und würde verhindern, dass sich Automobilindustrie und Politik bewegen müssen. Zur Showfunktion der Plakettendiskussion gehört auch der vorliegende Antrag der FDP. Die Debatte um Blaue Plaketten verdeckt den Bedarf an wirksamen politischen Maßnahmen.

Datum des Originals: 20.04.2016/Ausgegeben: 20.04.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die Verantwortung für Umweltpolitik alleine den Kommunen zu überlassen, wie bei der Blauen Plakette angedacht, zeigt ein Wegducken der verantwortlichen Bundespolitik. Wer Dieselaggregate nicht mehr weiter subventionieren will, wie es allerdings aktuell passiert, muss sukzessive Diesel genauso besteuern, wie Benzin.

Seit Jahrzehnten wird die Automobilindustrie durch das Einschreiten der Bundespolitik vor Maßnahmen zum Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutz „geschützt". Dies führt aktuell dazu, dass der Bedarf an Veränderungen hier besonders groß ist. Aus gesundheitspolitischen Gründen muss vor allem in unseren Städten gehandelt werden. Aus wirtschaftspolitischen Gründen ist es höchste Zeit, die Hersteller nicht an innovationsfeindlichem Protektionismus zugrunde gehen zu lassen.

Dazu sind weder wirkungslose Labels geeignet, noch weitere verdeckte Subventionen für untätige Automobilkonzerne; ausgerechnet die, die bisher schärfere Grenzwerte verhindert haben. Klare politische Ziele und transparente Rahmenbedingung dagegen, können unsere Gesundheit schützen und die Automobilindustrie dazu motivieren, an Innovationen statt an Lobbystrategien zu arbeiten. Bei der Elektromobilität wurden weite Teile der deutschen Automobilindustrie bereits heute abgehängt.

II. Der Landtag stellt fest:

1. Die Luftverschmutzung durch Fahrzeuge aller Art mit Verbrennungsmotoren ist insbesondere in den Ballungsräumen eine akute Gefahr für die Gesundheit und das Leben der betroffenen Menschen. Umweltzonen und ähnliche Maßnahmen sind nicht geeignet, hier wirklich Abhilfe zu schaffen.

2. Das Ziel der Politik muss eine deutliche Reduzierung der Verkehrstoten durch Luftverschmutzung sein.

3. Im innerstädtischen Verkehr gibt es ein besonders großes Potential für den Ausbau des ÖPNV und der Elektromobilität.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. als Ziel ihres Handelns dem Schutz der Gesundheit und des Lebens der Bürgerinnen und Bürger oberste Priorität zu geben.

2. sich auf allen Ebenen für Regeln und Gesetze einzusetzen, die mittelfristig geeignet sind, die direkten verkehrsbedingten Emissionen in den Ballungsräumen auf null zu reduzieren.

3. hinsichtlich Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutz für den Verkehrssektor klare und wirksame Ziele zu definieren und diese transparent mit verbindlichen Handlungsempfehlungen zu hinterlegen.

Michele Marsching
Marc Olejak
Oliver Bayer

und Fraktion